

# Beschlussvorlage

Nr. vom 20.02.2024

für die

**Gemeinde Wahlstorf**



Auskünfte zu dieser Vorlage erteilt im  
Amt Preetz-Land **Herr Fetting**  
Telefon: 04342/8866-123

Strategieteam, Az.:

Öffentlich:  ja    nein

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Strategieausschuss Wahlstorf		
Gemeindevertretung Wahlstorf		

## Digitalisierung der gemeindlichen Sitzungen; hier: Zuschuss der Gemeinde an das Ehrenamt für Hardware

### Beschlussvorschlag:

Jedes Mitglied der Gemeindevertretung und die bürgerlichen Mitglieder der ständigen Ausschüsse erhalten ... (auf Antrag?) ...

### Sachverhalt:

Seit Beginn dieses Jahres werden die Sitzungseinladungen digital im Sitzungsinformationssystem bereitgestellt. Um in einer Sitzung auf ihre digitalen Unterlagen zugreifen zu können, benötigen die jeweiligen Mitglieder ein geeignetes Endgerät. Dies könnte bereits mit einem Smartphone gemacht werden, erscheint aber wegen der geringen Größe eher als ungeeignet. Ein Tablet käme da zum Beispiel schon eher in Frage. Aber wie sieht es mit der Ausstattung der Mitglieder mit einem solchen Endgerät aus, haben alle Mitglieder ein solches Gerät? In diesem Zusammenhang kommt die Frage auf, ob sich die Gemeinde in irgendeiner Art und Weise finanziell beteiligen kann.

Die Frage kann eindeutig mit „JA“ beantwortet werden. Als Lösungsansatz gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie zum Beispiel

- einmalige Bezuschussung mit einem „festen“ Betrag für die Dauer der Wahlzeit,
- wiederkehrende (z. B.: vj., hj.) Bezuschussung mit einem „festen“ Betrag *oder aber*
- Einführung einer Aufwandsentschädigung, die im Laufe einer Wahlperiode (5 Jahre) die Kosten des Endgeräts „refinanziert“.

Aus Sicht der Verwaltung sollte eine Gestellung der Endgeräte **von der Gemeinde** nicht in Erwägung gezogen werden, da sie dann als Eigentümerin u. a. dafür verantwortlich wäre, was ein/e Benutzer/in mit diesem Gerät „veranstaltet“ (Datenschutz und insbesondere Datensicherheit!!!). Hinzu kämen die Kosten für den Abschluss eines Wartungsvertrages für die Endgeräte, da man wohl davon ausgehen müsste, dass diese Aufgabe niemand auf Seiten der Gemeinde übernehmen könnte (das Amt kommt hier auch nicht in Frage, da es überhaupt keine IT-Abteilung hat).

Der Bürgermeister, der um eine Sachverhaltsdarstellung durch die Verwaltung gebeten hat, favorisiert keine der genannten Möglichkeiten, daher wird auch kein wirklicher Beschlussvorschlag unterbreitet.